Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. — Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 69 Sonnabend, 22. März 1919

Eindrucksvolle Kundgebung in Thorn für das Deutschtum der Ostmark.

Zu einer riesigen Massenkundgebung wurde die Volksversammlung, zu der am Donnerstag Nachmittag der Deutsche Volksrat die Männer u. Frauen Thorns gerufen hatte. Zu Tausenden und Abertausenden kamen sie geströmt, und längst vor dem Augenblicke des Beginns war der große Saal des Viktoriaparkes überfüllt. Es mußte eine zweite Versammlung unter freiem Himmel veranstaltet werden. Man zählte an achttausend Teilnehmer, Mitglieder aller Parteien ohne jede Ausnahme, und aller Gesellschaftsschichten.

Die Redner des Tages waren der Geh Regierungsrat Cleinow, der bekannte Herausgeber des „Grenzboten" und rührige Leiter der Volksratsbewegung in der Provinz Posen, neben ihm der sozialdemokratische Schriftsteller Karl Arthur Vollrath-Berlin. Mit gleicher Wucht ermahnten beide Herren die Deutschen Thorns, in dem einen Punkte, in dem des Schutzes unserer deutschen Kultur, zusammenzustehen, mögen sich sonst die Parteigegensätze auch in einem bewegten politischen Kampfe austoben. Mit dringlichsten Worten schilderte Geheimrat Cleinow die gewaltige Schwere der drohenden Gefahr. Es ist soeben von Berlin gekommen, wo er allerwärts Aufklärung gesucht hat, und hat den Eindruck mitgebracht, daß alles verloren ist, wenn nicht aus der Masse unseres ostdeutschen Volkes heraus eine Sturmbewegung losbricht, die sich aufbäumt gegen jede Ungerechtigkeit, gegen die gewaltsame Durchstoßung der Wilsonschen Grundsätze und somit gegen die Abtretung auch nur des kleinsten Teiles ostdeutschen Landes. **Wir verlangen von der Regierung, daß sie rechte Männer zur Friedenskonferenz entsendet, die für die Tragweite der Wilsonschen Grundsätze volles Verständnis haben. Wir wollen in einem freien Rechtsstaate leben und werden vor allen Volksgenossen Achtung haben. Wir verlangen diese Achtung aber auch unbedingt von allen Volksgenossen.** Unsere Geduld ist groß, aber wenn man fortdauernd unser Recht mißachtet, so wird der Augenblick kommen, wo uns das Maß überläuft. Dieser Augenblick ist nahe. **Wir warnen die Polen. Wir reichen ihnen die Hand zum Frieden; verschmähen sie sie, so kann es ein Blutbad geben, wie es auch in diesem Weltkriege noch nicht erlebt worden ist.** Brausender, minutenlanger Beifall ward diesem Höhepunkte der Rede zuteil.

Der zweite Redner, Herr Vollrath, kam aus anderen Gesichtspunkten zu gleichen Folgerungen Nichts darf uns ferner liegen als die Gesinnungen der Gewaltpolitik, der Ausnahmegesetze. Die demokratischen Grundsätze gelten in der deutschen Republik, und wer weder umlernen noch Opfer bringen will, hat keine Daseinsberechtigung. **Gleichgültig sein, die Fäuste in der Tasche ballen, heißt Feigheit und Verrat üben. Weder dem Bürger noch dem Arbeiter darf es gleichgültig sein, ob er in eine minderwertige Kultur hinabsinkt.** Ein Volk, bei dem mehr als die Hälfte nicht lesen und nicht schreiben kann, wird in absehbarer Zeit kein freies Volk sein, denn **Bildung macht frei.** Unsere Lage in Deutschland ist keineswegs rosig, aber wir sind ein arbeitskräftiges und leistungsfähiges **Volk und werden wieder zur Höhe kommen,** sobald die Ernährungsschwierigkeiten überwunden sind. Den gewaltigen Trieb nach oben hat unser Nachbarvolk nicht. Seine Volkswirtschaft liegt darnieder. Könnte Polen seine Bevölkerung ernähren, es brauchte nicht jährlich eine halbe Million Saisonarbeiter nach Deutschland senden, die hier als die grausamsten Lohndrücker für den deutschen Arbeiter auftreten. **Westpreußen ist Preußens ärmste Provinz;** um das Kulturwesen aufrechtzuerhalten, benötigt es fortgesetzt Zuschüsse aus dem reichen Westen. Im Polenreiche wird es das best kultivierte Gebiet sein. Es müßte aber schwere Lasten für die zurückgebliebensten Landesteile aufbringen. Wir müssen die Reihen schließen, um uns vor dem Ertrinken in einer minderen Kultur zu schirmen. Die deutsche Kultur ist wert, daß für sie gekämpft wird Unser erstes Ziel ist, unsere Not in die Welt hinauszuschreien, auch zu unseren Regierungen. Darüber hinaus soll unsere Arbeit der Vertiefung der Kultur gelten. Kein Professorenkomitee kann diese Arbeit leisten, sondern nur eine wahre und einmütige Massenbewegung Die Sache ist wert, daß alle Kräfte aufs Aeußerste drangesetzt werden. Es geht ums Ganze! Die markigen und schwungvollen Worte entzündeten immer wieder und wieder helle Zustimmung bei allen Anwesenden. An den Reichsminister v. Brockdorff Rantzau, an die Waffenstillstandskommission und an die Nationalversammlung wurde auf einstimmigen Beschluß folgende Entschließung abgesandt:

> **„6000 bis 8000 deutsche Männer und Frauen Thorns aller Parteien haben mit Befremden von dem Verlauf der Verhandlungen in Posen Kenntnis genommen und daraus ersehen, daß Wilsons Noten, die doch die Grundlage unserer ganzen Friedenspolitik bilden, bei gewissen Unterhändlern in Vergessenheit geraten sind. Wir fordern von der Regierung, daß sie nur solche Personen mit der verantwortungsvollen Arbeit am Frieden betraut, die befähigt sind, die Abweichung von Wilsons Grundsätzen bei Polen und Franzosen zu verhindern. Wir werden mit Gut und Blut hinter der Regierung stehen, die treu an Wilsons Grundsätzen festhält und damit das Deutschtum der Ostmark am kräftigsten verteidigen. Für Katastrophen, die jede Abkehr von Wilsons Grundsätzen nach sich ziehen muß, lehnen wir die Verantwortung ab."**

Erfreulicher Weise haben auch die Mitglieder des Soldatenrates und die Vertrauensleute der Garnison Thorn durch folgende Entschließung ihren Willen bekundet, für die Erhaltung des deutschen Besitzstandes im Osten einzutreten:

> **Die heute am 20. 3. 19 tagende Versammlung sämtlicher Soldatenräte und Vertrauensleute erhebt im Auftrage der Garnison Thorn flammenden Einspruch gegen Abtretung Westpreußens bezw. Thorns an Polen. Forderung der Entente wäre nicht Gerechtigkeits- sondern Gewaltfrieden. Unter allen Umständen werden wir geschlossen für Erhaltung deutschen Bodens fürs Reich eintreten.**

Diese Entschließung von Garnison-Soldatenrat, von sämtlichen Soldatenräten und Vertrauensleuten der Garnison Thorn anerkannt, wurde durch Telegramm an die Friedensdelegation, Waffenstillstands-Kommission und Nationalversammlung weitergegeben.

Die deutsche Regierung gegen die Landung polnischer Truppen in Danzig.

Berlin, 20. März. (Dr.) Nach Sinn und Wortlaut des Waffenstillstandsabommens vom 11. 11. ist die deutsche Regierung in keiner Weise verpflichtet, in Danzig polnische Truppen landen zu lassen. Die deutsche Regierung wird auf Grund des Artikels 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. 11. stets darauf beharren, polnische Truppenlandungen in Danzig nicht zuzulassen.

Berlin, 20. März. (Dr.) In der Vollsitzung der deutschen Waffenstillstandskommission vom 19. 3 wies General von **Hammerstein** darauf hin, daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt in der Frage der Landung polnischer Truppen wiederholt kund getan hat Art. 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. 11. 18 gebe der Entente nicht das Recht, die Landung polnischer Truppen in Danzig zu fordern. Aus zahlreichen Mitteilungen gehe hervor, daß die dortige polnische Minderheit die Landung als Signal betrachten werde, um mit Unruhen und Agitation zu beginnen. von Hammerstein betonte ferner, daß gegenwärtig in Danzig und Westpreußen Ruhe herrsche.

Aus dem Sitzungsbericht der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa vom 19. März.

Berlin, 20. März (Dr.) Die französische Regierung ließ ihren Beschluß mitteilen, die schwerverwundeten und schwererkrankten deutschen Kriegsgefangenen sofort heim zu senden. Die ärztliche Untersuchung hätte zu diesem Zweck bereits begonnen. Die Betreffenden würden binnen kurzer Zeit abreisen können. Ferner kündigte die französische Regierung an, daß sie die aufgrund eines Sonderabkommens den französischen Kriegsgefangenen in Deutschland im Dezember 1918 gelieferten Zusatzrationen in natura zurückerstatten wolle. Die deutsche Regierung werde um Mitteilung gebeten, ob die Uebernahme der Lebensmittel in Mainz oder Ludwigshafen erfolgen solle. General von **Hammerstein** ersuchte die Alliierten erneut und dringend, die Kohlenschiffahrt in der Ostsee frei zu geben. Ihre Unterbrechung habe wichtige Teile des östlichen Deutschlands in eine kritische Lage versetzt. Die alliierten Besatzungstruppen des linksrheinischen Gebiets haben mehrfach deutsche Staatsangehörige verhaftet und den Kriegsgerichten übergeben, weil sie nach dem 11. Nov. 1918 deutsches Heeresgut verkauft oder angekauft haben. Die deutsche Kommission erhob in einer Note gegen diese Verhaftungen Einspruch.

Vorbereitungen zur Heranschaffung von Lebensmitteln.

Stettin, 20. März. (Dr.) Auf Grund des Lebensmittelabkommens mit der Entente werden in Stettin die deutschen Schiffe mit aller Beschleunigung zur Ausfahrt fertig gemacht.

England als Menschenfreund.

Amsterdam, 20. März. (Dr.) In der Unterhaussitzung vom 17. 3. sagte **Bonar Law** in Beantwortung einer Anfrage, die Regierung habe nicht die Absicht, dem Feinde größere Zahlungen aufzuerlegen als er nach amtlicher Erklärung zu leisten imstande ist.

Aus der Kommission des Völkerbundes.

Paris, 20. März. (Dr.) Von der Kommission des Völkerbundes werden Lord Robert Cecil, Oberst House, Leon Bourgeois, Huysmann und Vesnitsch morgen mit dem Vertreter der Neutralen zusammenkommen, um deren Ansicht über den Völkerbund zu erfahren. Am Sonnabend wird die erste Vollsitzung der Kommission für den Völkerbund unter Wilsons Vorsitz abgehalten werden.

Von der deutsch-polnischen Front.

Bromberg, 21. März. (Dr.) Abgesehen von Versuchen kleiner polnischer Patrouillen, gegen unsere Postierungen bei Kanalskrug, Rohrbruch und Johannistal vorzufühlen, keine besonderen Ereignisse.

Ankunft von Truppen aus der Türkei vor Hamburg.

Hamburg, 20. März. (Dr.) Der Dampfer „Lilly Rickmers" ist heute nachmittag mit Truppen aus der Türkei auf der Elbe eingetroffen und bei Brooden in Quarantäne gelegt worden. Es wird voraussichtlich vor Sonnabend vormittag nicht nach Hamburg gehen. An Bord befinden sich 2000 Mann des Asia-Korps.

Die Forderungen der Seeleute in Bremen.

Bremen, 20. März. (Dr.) In einer heute vom Seemannsbund einberufenen Versammlung von Bremer Seeleuten aller Grade wurde beschlossen, die Schiffe auf keinen Fall an England auszuliefern und sie nur ausfahren zu lassen, wenn die Besatzung die Zusicherung bekommt, daß die Mannschaft an Bord verbleibe.

Berlin, 20 März. (Dr.) Infolge Weigerung einiger radikaler Seemannsverbände, sich an Bord der auslaufenden deutschen Lebensmittelschiffe zu begeben, war die Ausführung des Brüsseler Abkommens betreffend die Verpflegung Deutschlands in Frage gestellt. Deshalb beantragte die deutsche Waffenstillstandskommission am 20. März bei den Alliierten, die sofortige Indienststellung von vier kleinen Kreuzern auf schnellstem Wege zu genehmigen. Hierdurch würde der Schutz der sofortigen Ausfahrt der Handelsschiffe sowie der Lebensmitteltransporte verbürgt.

Abermalige Erhöhung der Brennstoffpreise.

Essen (Ruhr), 20. März. (Dr.) In der heutigen Versammlung der Zechenbesitzer wurde beschlossen, angesichts der fortgesetzten Steigerung der Selbstkosten eine weitere und wiederum beträchtliche Erhöhung der Brennstoffpreise vorzunehmen.

Angebliche Ermordung des Generals Sixt von Arnim.

Berlin, 21. März. (Dr.) Französischen und englischen Blättern zufolge ist der deutsche General **Sixt von Arnim** in Asch in Böhmen ermordet worden. Eine Nachprüfung dieser Meldung war noch nicht möglich.

Littmann Oberpräsident von Pommern?

Berlin, 21. März. (Dr.) Als Nachfolger des zurückgetretenen Oberpräsidenten von Pommern, des früheren Reichskanzlers **Michaelis**, ist das demokratische Mitglied der preußischen Landesversammlung **Littmann**-Stettin in Aussicht genommen.

Die ganze Ukraine in den Händen der Bolschewisten.

London, 20. März (Dr) Reuter erfährt, daß heute früh in London noch kein amtlicher Bericht von der Räumung Odessas vorlag. Es wurde mitgeteilt, daß die Bolschewisten **Cherson** und **Nikolajewsk** erst nach schweren Kämpfen mit den französischen Truppen besetzten, die die Städte schließlich aufgeben mußten und nach Odessa gebracht wurden. Die zurückgelassene deutsche Besatzung leistete anscheinend keinen Widerstand. Die ganze Ukraine ist jetzt in den Händen der Bolschewisten.

Die luxemburgische Kammer für Erhaltung der Selbständigkeit.

Luxemburg, 19 März. (Dr.) Reuter. Die Kammer nahm einstimmig einen Antrag an, in dem der Wunsch nach Erhaltung der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung des Landes ausgesprochen wird.

Das aktive Wahlrecht für Reichsdeutsche in Niederösterreich.

Wien, 20 März. (Dr) Die niederösterreichische Landesversammlung hat die Landeswahlordnung für Niederösterreich angenommen. Das Gesetz setzt das aktive Wahlrecht für die Reichsdeutschen für den Fall der Gegenseitigkeit fest.

Preußische Landesversammlung.

5. Sitzung vom 19. März, 2 Uhr. Am Ministertisch: Hirsch, Fischbeck, Hänisch, Ernst, Südekum, Reinhardt.

Einige Abgeordnete aus der Provinz Posen teilen mit, daß ihnen vom polnischen Generalkommando der Reisepaß verweigert worden ist.

Sechs förmliche Anfragen über Zerrüttung des Transportwesens, Stützung des Mittelstandes, Wiederaufrichtung der freien Berufe, Mitwirkung der A.- und S.-Räte in der Staats- und Kommunalverwaltung, Wiedereinsetzung des freien Handels, Besetzung der Rheinlande mit schwarzen Truppen wird die Regierung, laut Erklärung des Ministerpräsidenten Hirsch, in den nächsten Tagen beantworten.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Adolf Hoffmann betr. Aufhebung des Belagerungszustandes in Großberlin mit 342 gegen 22 Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde dagegen ein Sozialdemokratischer Antrag betr. Einsetzung einer Kommission von Mitgliedern zur Feststellung der Tatsachen über Ursachen und Verlauf der Unruhen in Berlin und anderen Teilen Preußens.

Es folgt der Antrag von Kries (Dtsch. Natl.), der die Regierung ersucht, dahin zu wirken,

daß die polnischerseits verhafteten Mitglieder der Landesversammlung schleunigst freigelassen werden.

Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller erklärt Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung steht voll auf dem Boden des Antrags, sie hat auch bereits vor der Einbringung des Antrages alles versucht, um den betreffenden Mitgliedrrn die Herreise zu ermöglichen und die von den Polen als Geiseln Festgehaltenen zu befreien, aber ihre Bemühungen sind leider erfolglos geblieben. (Hört, hört!) Es ist nur gelungen, das Mitglied D. Blau frei zu bekommen. Eine Antwort auf weitere Schritte der Regierung ist bisher nicht eingegangen, dagegen heißt es in einem uns aus Posen am 17. März zugegangenen Telegramm: „Ausreise der Abgeordneten erst nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes möglich." Nach Annahme des Antrages werden wir selbstverständlich unsere Bemühungen fortsetzen und hoffentlich zum Erfolge führen.

Abg. Wende (Soz)-Bromberg: Auch meine Partei unterstützt den Antrag. Sie wissen, daß bei uns in der Provinz Posen das Recht mit Füßen getreten wird und wir selbst nicht die Macht haben, die nötigen Schritte zu tun. Deshalb sollte die Regierung um so energischer einschreiten.

Abg. Aronsohn (Dem.)-Thorn: Meinen politischen Freunden genügt die Antwort der Regierung nicht. Wir hätten von ihr einen ganz andern Ton erwartet, daß sie nämlich erklären würde, sie könne sich das unter keinen Umständen weiter gefallen lassen, (Lebh. Zustimmung) sie habe keine Lust, noch weiter auf Antwort zu warten, sondern sie verlange eine Antwort und lehne bis dahin jede weitere Verhandlung ab. (Beifall) **Verhältnisse, wie sie in der Provinz Posen sich entwickelt haben, kann und darf das preußische Parlament sich nicht** gefallen lassen. (Beifall b. d. Demokraten. — Abg. Adolf Hoffmann ruft: Die Noske Garde muß hin!)

Abg. Frl. Poehlmann (Deutsche Vp.): Auch meine politischen Freunde wünschen, daß die Regierung energische Schritte gegen das Treiben der aufrührerischen Polen ergreift. Geben wir in diesem Falle nach, so wird die Begehrlichkeit der Polen nur immer größer werden. (Beifall)

Abg. Lichtenstein (U. Soz.): Wir stimmen für den Antrag. Man sollte aber auch gegen die Polen keine Beschuldigungen ohne Beweise vorbringen. Ich weiß, daß in Oberschlesien eine nicht zu billigende Propaganda von den Polen getrieben wird. Aber wir sollten auch den Polen kein Unrecht tun und ihnen keinen Anlaß zu Repressalien geben.

Nachdem noch der Abg. Meiß (Ztr) für den Antrag gesprochen, wird dieser einstimmig angenommen.

Es folgt die

zweite Beratung der Notverfassung.

Die vom Ausschuß an der Vorlage vorgenommenen Abänderungen enthalten im wesentlichen Erweiterungen der Befugnisse der Landesversammlung.

Abg. Heilmann (Soz): Wir halten an der Kommissionsfassung fest und lehnen die Abänderungsanträge zu § 1 ab, insbesondere den Antrag der Unabhängigen betr. Einfügung der A.- und S.-Räte. Diese sollen auf ihre **wichtigen wirtschaftlichen Funktionen beschränkt** bleiben. Unsere Stellung deckt sich mit der, die die A.- und S.-Räte selbst auf ihrem Kongreß mit 344 gegen 98 Stimmen eingenommen haben. Auch Führer der Unabhängigen haben sich auf diesen Standpunkt gestellt. Wir wollen kein Zweikammersystem, das die Gesetzgebungsarbeit sehr aufhalten würde. Ihre Forderungen gehen so weit, daß nur die Wahl bleibt: entweder Rätesystem oder Nationalversammlung. Die Unabhängigen behaupten ja immer, die alten Sozialdemokraten zu sein. Dann müßten sie sich aber hier auf den Standpunkt der Demokratie stellen. Karl Kautski legte selber in seinem Buch über das Rätesystem dar, daß es keinen Sinn für Sozialisten hätte, sich für Diktatur zu erwärmen. Er beruft sich auf den berühmten Satz Engel's: Die demokratische Republik ist die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats. Auch Marx hat in diesem Zusammenhang immer von dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gesprochen. Das Rätesystem hat keinen Sinn, wenn nicht darauf die Diktatur, die ausgesprochene Gewaltherrschaft folgt. Kautski hat auch den Nachweis geführt, daß das Rätesystem den Klassenkampf des Proletariats aufs schwerste schädigen würde. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Nachdem die Abgg. Am Zehnhoff und Dr. Kähler (D. Ntl.) sich gegen die Einfügung des Rätesystems in die Verfassung ausgesprochen, führt

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S) aus: Die Hohenzollern müssen für immer abgesetzt und ihre Familiengüter eingezogen werden. Das Rätesystem muß in die Verfassung hinein. Es geht nicht an, die Arbeiterräte auf wirtschaftliche Funktionen zu beschränken, das werden die Arbeiter sich einfach nicht gefallen lassen. Die Revolution ist noch nicht abgeschlossen. (Sehr wahr! b. d. U.-S. Lachen rechts).

Abg. Dr. Friedberg (Demokrat): Für die Auseinandersetzung zwischen den beiden sozialdemokratischen Bruderparteien lohnt es sich vielleicht einmal eine Extrasitzung anzusetzen. (Heiterkeit). Die Staatsgewalt liegt jetzt ausschließlich in den Händen des Volkes, und dieser Gedanke wird im § 1 zutreffend zum Ausdruck gebracht. Die Einfügung von Arbeiterräten in die Verfassung ist für uns völlig induskutierbar. Es würde sich dabei um ein Berufswahlrecht handeln, das früher das Lieblingskind der Rechten gewesen ist. Wir sind auch gegen eine weitere Ausdehnung des Verordnungsrechts der Regierung, das die Negation des freien Gesetzgebungsrechts der Volksvertretung wäre. Dr. Rosenfeld will garnicht Recht, Freiheit und Gerechtigkeit, sondern die brutale Gewalt (Zustimmung b. d. Mehrheit). Für große Sicherheitskommissare habe ich die Unabhängigen immer gehalten, besonders auch bei den revolutionären Bewegungen, wo man eventuell auf der Barrikade selbst seine Haut zu Markte tragen muß. (Gr. Heiterkeit). Die Einziehung der Familiengüter des Hauses Hohenzollern nennt Dr Rosenfeld selbst ein Ausnahmegesetz. Wir haben diese Herren doch früher im Reichstag gegen Ausnahmegesetze geschäumt! Nach meiner Auffassung kann die Revolution nicht zur Ruhe kommen, weil gewisse treibende Kräfte da sind, die sie nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Wenn das Rätesystem nach Ansicht der Unabhängigen bloß ein Uebergangsstadium sein soll, dann bewahre uns Gott davor! (Lebh. Beifall).

Abg Dr. Leidig (D. Vp): In der Verurteilung der Revolution sind meine Parteigenossen einig, aber wir müssen versuchen, mitzuarbeiten, um aus dem Wirrwarr herauszukommen. Das Rätesystem ist mit dem Grundgedanken der Demokratie gänzlich unvereinbar.

Abg. Heilmann (Soz): Die Unabhängigen haben ihre geradezu lächerlichen Anträge zur Immunität nicht wieder eingebracht. Trotzdem wird von ihnen hier behauptet, die Rechtssozialisten hätten die Anträge abgelehnt. Wir beneiden die Unabhängigen nicht um diese Agitationsmethode. Das Ausnahmegesetz lehnen wir ungesehen ab, weil es ein Ausnahmegesetz ist. Wir haben heute einen Redner der Unabhängigen gehört, der am 16. Dezember noch zu uns gehörte und noch bei der Nationalversammlung auf unserer Liste stand. (Lebh. Hört, hört!)

Hierauf wird § 1 in der Ausschußfassung einstimmig angenommen unter Ablehnung des Antrags auf Einfügung des Rätesystems.

Weiterberatung Donnerstag 3 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

am Mittwoch dem 19. März.

Am Magistratstische: Oberbürgermeister Dr. Hasse, Bürgermeister Stachowitz, Forstrat Loewe, Stadtbaurat Kleefeld, Syndikus Kelch, die Stadträte Mallon, Walter, Dietrich, Romann, Hentschel, Hellmold, Dr. Meyer, Urbanski und Leengner.

29 Stadtverordnete sind erschienen.

In Abwesenheit des erkrankten Stadtverordnetenvorstehers Wartmann übernimmt Stadtv.-Vorsteher-Stellvertreter Kittler den Vorsitz.

Der Stadtverordnetensitzung ging eine gemeinschaftliche unter Leitung des Oberbürgermeisters Dr. Hasse stehende Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten voraus, in der auf Vorschlag der städtischen Körperschaften beschlossen wird, eine gegen die Zerstückelung oder Gebietsabtretung von westpreußischen Landesteilen an Polen gerichtete Entschließung durch Funkspruch an Wilson und durch Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert, den Ministerpräsidenten Scheidemann, den Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission Freiherrn von Hammerstein und den Unterstaatssekretär Heinrichs im preußischen Staatsministerium bekannt zu geben:

Stadtrat Dietrich teilt mit, daß die Handelskammer aus demselben Anlaß an den Ministerpräsidenten Scheidemann und Freiherrn von Hammerstein in Spaa Telegramme gesandt habe, die den deutschen Charakter der Stadt Thorn betonen in der Dreiviertel aller Firmen deutsch sei und in der die Gewerbesteuer zu 90 v. H. von deutschen Firmen aufgebracht werde.

Es erfolgt sodann die Wahl von 3 Vertrauensmännern für den Ausschuß zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1920. Auf Vorschlag des Herrn Kittler werden die Stadtvv. Kuttner und Gruhnwald und Stadtrat Hellmold wiedergewählt. Darauf wird in die Beratung der Tagesordnung der Stadtverordnetensitzung eingetreten. Berichterstatter Stadtv. Kuttner berichtet 1. über die Wahl von 2 stellvertretenden Mitgliedern der Unterkommissionen 3 und 4 der Einkommensteuerveranlagungskommission für die Steuerjahre 1918—20. Es handelt sich hierbei um die Jakobs- und Culmer-Vorstadt. Gemäß Magistratsvorschlag fällt die Wahl auf den Postagenten Friedrich Paul und den Rentner Gustav Leimann. — 2. Anstelle des verstorbenen Stadtrats Ackermann wird als Mitglied der Gebäudesteuer-Veranlagungskommission Stadtv. Hoffmann, der bisher als Stellvertreter dieses Amt bekleidete, und als Stellvertreter Stadtv. Paul Meyer gewählt. — 3. Dem Ankauf eines Albums von Thorn, das aus den Jahren 1738—45 stammt und 125 wertvolle Zeichnungen enthält, von dem Baumeister Steiner zum Preise von 750 Mark wird, da der Provinzial-Konservator den Preis als angemessen bezeichnet hat, zugestimmt. — 4. Der Museumsbaustock von 8479,27 Mark wird mit der Bedingung, daß er zum Neubau des Museums verwendet werden soll, dem Museumsverein übertragen. — 5. Das Rathausgewölbe 2 und 3 wird an den Händler Elias Imber für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1922 gegen einen Jahreszins von 500 Mark vermietet. — 6. Der Abschluß eines Tauschvertrages mit dem Regierungsbau-Assistenten Sarnowki in Breslau über einen Geländestreifen an der Verbindungsstraße 15 nördlich der Kirchhofstraße ohne Entschädigung wird genehmigt.

9. Ankauf der Pionier-Schwimmanstalt zum Preise von 6000 Mark.

Nach dem Bericht des Stadtv. Kuttner ist das Pionier-Batl 17, weil es nicht mehr in der Lage ist, den Betrieb der Schwimmanstalt aufrecht zu erhalten, an den Magistrat mit der Bitte um Ankauf herangetreten. Stadtv. Dr. Saft empfiehlt im Hinblick auf den Mangel einer derartigen, für das Volkswohl bestimmten Einrichtung die Annahme der Vorlage und drückt sein Bedauern darüber aus, daß nicht schon längst eine öffentliche Volksbadeanstalt in Thorn geschaffen worden ist. Oberbürgermeister Dr. Hasse teilt hierzu mit, daß nur der Krieg die Ausführung des Planes, eine Schwimmanstalt zu errichten, verhindert habe, denn die Anleihe für diese Zwecke sei bereits aufgenommen. Die Pionier-Schwimmanstalt sei immer gern besucht worden. Die Schwierigkeit liege nur in der Aufstellung, da sie beweglich sei und sich nach dem Wasserstand der Weichsel richten müsse. Stadtv. Paul macht den Vorschlag, die Anstalt oberhalb der Stadt in der Nähe der Jakobsvorstadt anzubringen. In Ermangelung geeigneter Badegelegenheit seien die Jakobsvorstädter gezwungen, nach wie vor im Freien zu baden, wobei alljährlich Opfer zu beklagen seien. Die Anfrage des Stadtv. Borkowski, ob der Kaufpreis der Schwimmanstalt auch die Pontons und Prähme einschließe, wird vom Stadtbaurat Kleefeld bejaht. Nachdem Stadtv. Dr. Saft noch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß es in hygienischer Beziehung sich wohl empfehle, die Anstalt oberhalb der Stadt aufzubauen, daß es aber aus technischen Gründen eine Unmöglichkeit sei, wurde der Magistratsvorlage zugestimmt.

8. Kenntnisnahme von dem Standpunkte des Magistrats über die Zulässigkeit mündlicher Erläuterungen durch juristische Hilfsarbeiter und Magistratsassessoren in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß nach § 38 der Städteordnung auch juristische Hilfsarbeiter, um Aufklärung über zur Aussprache stehende Punkte der Tagesordnung zu geben, das Wort ergreifen dürfen. Stadtv. Paul warnt vor der Zustimmung zu diesem Beschluß. Die Stadtverordneten sollten nicht leichtfertig ein Recht aufgeben, das ihnen nach dem Gesetz zustehe. Daher schlägt Redner die Bildung eines Ausschusses von drei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung vor, die diese Neuordnung des Magistrats einer sorgfältigen Erwägung unterziehen sollten. Diesem Antrag wird aber nicht stattgegeben, sondern es wird die Magistratsvorlage gegen eine Stimme angenommen. — 9. **Die an den Arbeiter- und Soldatenrat geleisteten Zahlungen aus städtischen Mitteln** Nach dem Bericht des Magistrats wurden an täglichen Entschädigungen gezahlt: An die Mitglieder des Vollzugsausschusses des Soldatenrats Raube 30 Mark, Böhme und Goldak je 20 Mark, wozu jedoch der Landkreis die Hälfte beigetragen hat, an das Mitglied Flöter, der die Kontrolle beim Magistratsdirigenten ausübte, 20 Mark, an die Mitglieder des Arbeiterrats Makowski und Urbanski je 20 Mark und an die in den verschiedenen Abteilungen tätigen Kontrolleure des Arbeiterrats je 20 Mark. Seit dem 20. 2. sind die Zahlungen an die Mitglieder des Soldatenrats und an Makowski, der, wie sich nachträglich herausgestellt hat, seine angebliche Tätigkeit beim Bekleidungsamt garnicht ausgeübt hat, eingestellt worden.

Die bis jetzt gezahlte Gesamtsumme stellt einen Betrag von 11 584 Mark dar.

Stadtv. Schtee bittet um Auskunft, warum Makowski für eine Arbeit, die nicht geleistet wurde, die Beträge gezahlt sind und ob die übrigen Herren in der Tat gearbeitet haben. Oberbürgermeister Dr. Hassea In einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Landrat hat uns Makowski erklärt, er sei im Bekleidungsamt tätig, worauf wir ihm die erwähnte Entschädigung zugebilligt haben. Erst später haben wir davon Kenntnis erhalten, daß dies nicht der Fall war. Von einer Rückforderung der bereits gezahlten Beträge wollen wir Abstand nehmen. Die Herren Becker, Fister und Buntkowski sind tätig, ihnen haben wir auch weitere Bezahlung zugesichert. In Zukunft werden die Auszahlungen nur erfolgen, wenn die betreffenden Büroarbeiter über die geleistete Arbeit eine Bescheinigung ausgestellt haben.

Stadtv. Krause zweifelt die Legitimation des Arbeiterrats, dessen Zusammensetzung nicht den Anordnungen des Zentralrats entspreche, an. Er sei nicht die Vertretung der Arbeiterschaft. Ein großer Teil sei mit der Zusammensetzung nicht einverstanden und verlange die Bildung eines neuen Arbeiterrats nach dem System der Verhältniswahl. Der jetzige Arbeiterrat, der den Bestimmungen des Zentralrats zuwider auch Arbeitgeber umfasse, sei durch Zuruf und durch Zufall gebildet worden. Redner bittet den Magistrat, an den Arbeiterrat das Ersuchen zu stellen, befristet eine Neuwahl vorzunehmen. Stadtv. Schlee wendet dagegen ein, daß die Zusammensetzung des Arbeiterrats eine interne Angelegenheit sei, mit der sich die städtischen Körperschaften nicht zu befassen haben. Er halte den Vorschlag des Stadtv. Krause auch für zu weitgehend, denn ein solcher Beschluß der Stadtverordneten werde wahrscheinlich von der Oeffentlichkeit mißdeutet und hinter ihm ganz etwas anderes vermutet werden. Solange der Arbeiterrat die kontrollierende Tätigkeit ausübe, müsse er selbstverständlich bezahlt werden. Aus diesem Grunde stimmt Redner der Magistratsvorlage im vollen Umfange zu. Stadtrat Urbanski teilt mit, daß die Kontrolleure ihre Tätigkeit einstellen werden, sofern die Zusammensetzung des Stadtparlaments durch Neuwahl geregelt ist. Stadtv. Krause zieht darauf seinen Antrag zurück. Stadtv. Paul bedauert die Ausführungen des Stadtv. Krause, der, selbst dem Arbeiterrat angehörig, seine Bedenken besser in einer Sitzung des Arbeiterrats vorgebracht hätte.

Die Versammlung stimmte der Genehmigung der Zahlungen antragsgemäß zu.

11. Festsetzung der Beamtenbesoldung für das Jahr 1919 durch die Besoldungsliste. Wie Stadtv. Groß berichtet, handelt es sich in dieser Vorlage hauptsächlich nur um die Neuaufstellung von 3 Assistenten, 3 Unterassistenten- und 2 Botenstellen. Stadtv. Krause bittet, die Vorlage zu vertagen, da der Haushaltsplan noch nicht vorliege. Oberbürgermeister Dr. Hasse wendet dagegen ein, daß die Vorlage nicht eine vorläufige Regelung der Beamtenstellen darstelle, denn diese sei schon in der letzten Stadtverordnetensitzung festgelegt worden. Es handle sich vielmehr darum, daß die Besoldungsliste, die dem Etat beigegeben ist, vorberaten wird. Es sollen gezahlt werden an sämtliche städtischen Beamten mit einem Gehalt bis zu 1800 Mk. Zulagen von 170 Mk. monatlich und für jedes Kind 40 Mark. Eine endgültige Regelung könne erst erfolgen, wenn die Verhältnisse gefestigt seien, dann könne man auch die Zulagen abschaffen.

Stadtv. Meinas fragt, angeregt durch den Magistratsvorschlag, der die Stellung des Brandinspektors in die eines Obersekretärs umwandeln will, an, wie es jetzt mit der Stellung des Brandinspektors Kunow beschaffen sei und ob die Stadt beabsichtige, auf dem Klagewege die Verfügung des Regierungspräsidenten, derzufolge man den Brandinspektor wieder in sein Amt eingesetzt habe, anzufechten. Dadurch, daß man Herrn Kunow auch die Kontrolle und die Straßenreinigung unterstellt habe, erkenne man gewissermaßen seine Leistungen an. Es müßte dem Brandinspektor selbst und dem Publikum zur Beruhigung dienen, wenn die Stellung des Herrn Kunow als Beamter der Stadt klar gestellt würde.

Oberbürgermeister Dr. Hasse: Der Bezirksausschuß hat eine rechtliche Auffassung geltend gemacht, der wir nicht zustimmen können. Wir erheben daher gegen diesen Beschluß Klage. Wir stellen aber aus bestimmten Gründen diese Klage zurück, wenn wir nach einer gewissen Zeit zu der Ansicht kommen, daß neue lebenslängliche Anstellung des Brandinspektors wünschenswert erscheint. Es folgt

eine längere mehr persönliche Auseinandersetzung zwischen dem Stadtv. Krause und Oberbürgermeister Dr. Hasse. Die in der Besoldungsvorlage enthaltenen neuen Stellen werden auf Antrag des Stadtv. Paul genehmigt, der Rest der Vorlage wird dagegen vertagt.

12. Kenntnisnahme von dem Ergebnisse der Kassenrevisionen am 22. Januar 1919. — 13. Rechnungslegung der Feuerwehrkasse für das Rechnungsjahr 1916. — 14. Nachbewilligung von 6959,73 M zu den Kosten für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung und Preußische Landesversammlung. — 15. Nachbewilligung von 2000 M. zu Ausgabe-Titel 2, 1b des Haushaltsplans der Kämmereiverwaltung für 1918 unter nachträglicher Genehmigung zur vorschußweisen Zahlung der Vergütungen an die Hilfskräfte des Staatssteuerbüros über den Ansatz hinaus. — 16. Nachbewilligung von 500 Mark zu Ausgabe-Titel 4,5 des Haushaltsplans der Kämmerei-Verwaltung für 1918. — 17. Nachbewilligung von 1640,24 M zu Ausgabe-Titel C. 4,1 des Haushaltsplans der Schulverwaltung (Knabenmittelschule) für 1918. — 18. Nachbewilligung von 1250 Mark zu Ausgabe-Titel 5,1 des Haushaltsplans der Mädchen-Mittelschule für 1918. — 19. Nachbewilligung von 34,50 M. für Instandsetzung der Uhrenleitung in der Mädchenmittelschule. — 20. Nachbewilligung von 200 Mark zu Ausgabe-Titel 4,4 des Haushaltsplans der Schulverwaltung (Gemeindeschulen Thorn-Mocker). — 21. Nachbewilligung von 800 Mark zu Ausgabe-Titel 4,2 des Haushalsplans der Schlachthausverwaltung für 1918. — 22. Nachbewilligung von 350 M. zu Ausgabe-Titel 1,6, 300 M. M. zu Ausgabe-Titel 2,4, 450 M. zu Ausgage-Titel 2,9 und 600 M. zu Ausgabe-Titel 4,8 des Haushaltsplans der Polizeiverwaltung für 1918. — 23. Rechnungslegung der Polizeiverwaltungskasse für das Rechnungsjahr 1917. — 24. Rechnungslegung der Armenverwaltung für das Rechnungsjahr 1916. — 25. Rechnungslegung der Kinderheimskasse für das Rechnungsjahr 1916. — 26. Rechnungslegung der Waisenhauskasse für das Rechnungsjahr 1916. — 27. Nachbewilligung von 200 M. zu Ausgabe-Titel 2,3 des Haushaltsplans des Waisenhauses für 1918. — 28. Nachbewilligung von 620 M. zu Ausgabe-Titel 5, 1a des Haushaltsplans des Wilhelm Augusta-Stifts für 1918.

Schluß der Sitzung 6.15 Uhr.

Nicht öffentliche Sitzung.

Es wurden folgende Punkte der Tagesordnung genehmigt: 1. Kenntnisnahme von dem Entlassungsgesuch des Polizeisergeanten Sellien. — 2. Aeußerung zur Anstellung des früheren Diakons Schulz als Magistratsassistent a. Pr. vom 1. Februar 1919 ab unter Festsetzung seines Besoldungsdienstalters auf den 1. Oktober 1906. — 3. Zustimmung zur Anstellung des Polizeisergeanten Haase vom 1. April 1919 auf Lebenszeit. — 4. Zustimmung zur Anstellung des Unterassistenten Witt vom 1. März 1919 ab auf Lebenszeit. — 5. Zustimmung zur Anstellung des Bauassistenten Neumann vom 1. März 1919 ab auf Lebenszeit. — 6. Aeußerung zur Anstellung der Oberfeuerwehrmänner Falenski und Lange vom 1. Januar 1919 ab unter Festsetzung des Besoldungsdienstalters für Lange auf den 1. Januar 1913 und für Falenski auf den 1. April 1914. — 7. Festsetzung des Witwen- und Waisengeldes für die Witwe des Sparkassenbuchhalters Hardt auf 1117,20 M. jährlich vom 1. April 1919 ab. — 8. Zustimmung zur Versetzung der Schwester Emilie Makuth in den Ruhestand und Festsetzung des Ruhegehalts auf 600 M jährlich vom 1. Januar 1919 ab. — 9. Bewilligung einer Beihilfe von 860 M. für den Oberlandmesser Rotzoll aus dem infolge seiner militärischen Verwendung ersparten Gehalte. — 10. Beschlußfassung über den Antrag des Stadthauptkassenkontrolleurs a. D. Bader auf anderweite Festsetzung seines Ruhegehalts. — 11. Bewilligung von 411,30 M. Umzugskosten für den Betriebsingenieur Jahn. 12. Festsetzung des Dienstaufwandes des Forstrats Löwe auf 4800 M. jährlich vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 21. März 1919.

— Kali und die Landwirtschaft. Die rückständigen Kaliaufträge der deutschen Landwirtschaft bei dem Kalisyndikat sind auf 140 000 Wagen gestiegen und vermehren sich von Tag zu Tag. Man besorgt, daß die nachteilige Wirkung namentlich bei der diesjährigen Kartoffelernte zutage treten wird.

— Auf dem gestrigen Viehmarkt standen 8 Ferkel zum Preise von 75 bis 125 Mark zum Verkauf.

— Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle. Sonnabend, den 22. März 1919: Zeitweise heiter, nachts fortdauernd kalt.

Danzig. Scheußlicher Kindesmord. Eine Mutter, die auf entsetzliche Art ihr neugeborenes Kind umgebracht hat, ist die unverehelichte 23jährige Arbeiterin Margarete Neubauer aus Danzig. Den Hausbewohnern war aufgefallen, daß die N. zwar ein Kind geboren, dieses aber hatte verschwinden lassen. Die hiesige Kriminalpolizei nahm die Neubauer daraufhin fest. Sie legte schließlich ein Geständnis ab, daß sie ihr Kind in den Ofen gesteckt und verbrannt habe. Die N. wurde daraufhin in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Bromberg. Hinterrücks erschossen. Aus Hohensalza wird berichtet, daß der Betriebsingenieur Forke vom Betriebsamt Hohensalza Ende voriger Woche von den Polen erschossen worden ist. Er hatte in dienstlicher Eigenschaft in Rosendorf die Apparate revidiert. Als er die Polen darauf aufmerksam machte, daß die Apparate sauber zu halten seien, wurde er verhaftet und im geschlossenen Wagen abtransportiert. Unterwegs wurde er von der Begleitmannschaft hinterrücks erschossen.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 23. März 1919.

Evangel. Kirchengemeinde Seglein. Vorm. 10 Uhr: Haupt-Gottesdienst. Nachm. 1/23 Uhr: Kinder-Gottesdienst. Nachm. 4 Uhr: Unterredung mit der eingesegneten Jugend. Herr Pfarrer Franz.

Evangel. Kirchengemeinde Gr. Bösendorf. Vorm. 10 Uhr in Gr. Bösendorf Gottesdienst.

Amtliche städtische Bekanntmachungen.

Thorn. 22. 3. 1919.

Bekanntmachung

über

Meldepflicht der Ausländer.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit bestimme ich für den Regierungsbezirk Marienwerder folgendes:

§ 1.

Jeder über 15 Jahre alte, zur Zeit innerhalb des Regierungsbezirks aufhältliche Ausländer oder Staatenlose hat sich binnen 5 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Anordnung bei dem Landrat des Kreises seines Aufenthaltsortes, in den Stadtkreisen Thorn und Graudenz bei der Polizeiverwaltung unter Vorlegung seines Passes oder des als Paßersatz dienenden amtlichen Ausweises (§ 3 der Verordnung vom 21. Juni 1916 — Reichsgesetzblatt-Seite 599) persönlich zu melden.

§ 2.

In gleicher Weise hat sich jeder über 15 Jahre alte Ausländer oder Staatenlose zu melden, der von jetzt ab in den Bezirk, auf den sich diese Anordnung erstreckt, zu dauerndem oder vorübergehendem Aufenthalt zuzieht. In diesem Falle ist die Meldung binnen 24 Stunden nach der Ankunft zu bewirken. Sie hat bei jedem Zuzuge von neuem zu erfolgen.

§ 3.

Die Meldung ist von dem sie entgegennehmenden Beamten in den Paß oder Paßersatz wie folgt zu vermerken: „Gemeldet gemäß Bekanntmachung vom 11. März 1919 am . . . .“

Dieser Vermerk ist mit dem Stempel der Behörde und der Unterschrift des abfertigenden Beamten zu versehen. Ueber jeden sich Meldenden hat der Landrat, in den Stadtkreisen Thorn und Graudenz die Polizeiverwaltung, einen Personalzettel nach folgendem Muster auszufüllen:

Ort . . . . Kreis . . . . . .
Zuname . . . .
Sämtliche Vornamen . . . . .
(Rufnamen unterstreichen)
geb. am . . . . . . zu . . . . Kreis . . . . . .
Staatsangehörigkeit . . . . . .
Größe . . . . Augen . . . . . .
Gestalt . . . . Bart . . . . . .
Kinn . . . . Haare . . . . . .
Nase . . . . Besondere Kennzeichen . . .
Mund . . . .
Wohnung . . . . . .
Beruf, Stand oder Beschäftigung . . . .
Ob arbeitslos oder nicht . . . .
Seit wann in Deutschland . . . .
Seit wann am jetzigen Aufenthaltsort . . . . . .
Vorheriger Aufenthaltsort . . . .

Die darauf bezüglichen Fragen des Beamten sind wahrheitsgemäß zu beantworten. Die ausgefüllten Personalblätter sind in Abschrift auf festem Papier (Karton) jedesmal alsbald an die Paßabteilung der 35. Inf.-Division in Goßlershausen zu senden.

§ 4.

Jeder über 15 Jahre alte Ausländer hat innerhalb des Regierungsbezirks seinen Paß oder Paßersatz jederzeit bei sich zu führen und auf Anfordern den zuständigen Sicherheitsorganen vorzuzeigen.

§ 5.

Ausländer, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln, werden zur Feststellung ihrer Persönlichkeit und Prüfung ihrer Papiere festgenommen.

§ 6.

Die Geltung der Polizeiverordnung vom 7. Februar 1919 über den Ausweiszwang wird durch diese Bekanntmachung nicht berührt.

Marienwerder, den 11. März 1919.

Der Regierungs-Präsident. Schilling

Der Beauftragte des Arbeiterrats. Zilian.

Veröffentlicht mit dem Zusatze, daß im Stadtkreise Thorn die Meldungen im Einwohnermeldeamt, Altstädt. Markt Nr. 16, I, zu erstatten sind in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1½ Uhr nachmittags. Letzter Meldetag für die z. Zt. ortsanwesenden Ausländer und Staatenlose ist der 25. März 1919.

Thorn, den 18. März 1919.

Die Polizei-Verwaltung. gez. Hasse.

Verlust von Lebensmittelkarten.

Hütet die Brotkarte und Lebensmittelkarte.

Nehmt beim Ausgange nie mehr Marken mit, als verwandt werden sollen.

Verlust der Marken bedeutet Hunger leiden. Ersatz kann nicht gegeben werden.

Der Magistrat.

Einschulung der schulpflichtig werdenden Kinder.

Das neue Schuljahr beginnt am 1. April 1919.

Eltern, Vormünder und Pflegeeltern schulpflichtiger, noch nicht eingeschulter Kinder erinnern wir daran, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen zum bevorstehenden Einschulungstermin diejenigen Kinder als schulpflichtig zur Einschulung gelangen müssen, die das 6. Lebensjahr vollendet haben oder bis zum 30. Juni 1919 vollenden.

Die höheren Schulen geben die Aufnahmetage besonders bekannt.

Die Aufnahmetage der Volksschulen sind festgesetzt:

Thorn I. Gemeindeschule (Bäckerstraße 49) auf Montag, den 31. März und Dienstag, den 1. April 1919 vormittags von 8 bis 12 Uhr,

Thorn II. Gemeindeschule (Gerstenstraße) Montag, den 31. März und Dienstag, den 1. April 1919 vormittags von 8 bis 12 Uhr,

Thorn III. Gemeindeschule (Schulstraße 6/8) Montag, den 31. März und Dienstag, den 1. April 1919 vormittags von 8 bis 12 Uhr,

Thorn IV. Gemeindeschule (Leibitscherstraße 42/44) Montag, den 31. März 1919 vormittags von 9 bis 12 Uhr,

Thorn-Mocker Evang. Knabenschule (Schulgebäude, Wiesenstraße) Montag, den 31. März vormittags von 10 bis 12 Uhr,

Thorn-Mocker kath. Knabenschule (Lindenstraße 22 und Goethestraße 3) Montag, den 31. März und Dienstag, den 1. April 1919 vormittags von 8—1 Uhr,

Thorn-Mocker Evang. Mädchenschule (Schulgebäude Wiesenstr.) Montag, den 31. März 1919 vormittags von 8 bis 12 Uhr,

Thorn-Mocker kath. Mädchenschule (Schulgebäude Wiesenstr. 5) Montag, den 31. März und Dienstag, den 1. April 1919 vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Die Unterlassung der rechtzeitigen Einschulung hat die Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel zur Folge.

Zur Anmeldung sind die Geburts- und Impfscheine der Kinder, für evangelische Kinder außerdem die Taufscheine beizubringen.

Die Schuldeputation.

Butterausgabe.

Auf Abschnitt Nr. 34 der Lebensmittelkarte K können von den Versorgungsberechtigten in den als Butterverkaufsstellen bezeichneten Geschäften

62,5 Gramm Butter

zum Preise von 4.36 Mark für ein Pfund bezogen werden.

Die Butter darf nur in dem Geschäft entnommen werden, welches die Eintragung als Kunde bewirkt hat.

In der städtischen Verkaufsstelle Bäckerstr. 35 kann von allen Versorgungsberechtigten ohne Rücksicht darauf, wo sie als Kunde eingetragen worden sind, gegen denselben Abschnitt

62,5 Gramm Margarine

zum Preise von 2.20 Mark für 1 Pfund abgefordert werden.

An Militärurlauber, Binnenschiffer und Personen, die sich nur vorübergehend in Thorn aufhalten, sowie auf Zusatzmarken für Schwerstarbeiter wird Butter oder Margarine nur in der städtischen Verkaufsstelle Bäckerstraße abgegeben; dagegen kann Butter für Kranke in den Geschäften, bei welchen der Haushalt des Kranken als Kunde eingetragen ist, bezogen werden.

Der heute aufgerufene Abschnitt gilt bis auf Widerruf.

Thorn, den 19. März 1919.

Der Magistrat.

Abmeldung von der Lebensmittelversorgung.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß wegziehende oder zum Heeresdienst eingezogene Personen und Verstorbene spätestens binnen 3 Tagen im städtischen Verteilungsamt, Zimmer 8, abzumelden sind. Unterlassung wird unnachsichtlich bestraft werden.

Thorn, den 18. März 1919.

Der Magistrat.

Sämtliche Liefe anten und Handwerker, welche noch Forderungen an städtische Kassen haben, werden ersucht, die Rechnungen ungesäumt, spätestens aber bis zum 1. April dieses Jahres einzureichen.

Bei verspäteter Einreichung von Rechnungen dürfte sich deren Erledigung gleichfalls verzögern, auch wird alsdann der vertragsmäßig festgestellte Abzug von der Forderung bewirkt werden.

Thorn, den 17. März 1919.

Der Magistrat.

Kartoffelausgabe.

Von Montag, den 24. März d. Js. ab gelangen bis auf weiteres anstatt wie bisher 4 Pfund

5 Pfund Kartoffeln

pro Kopf und Woche zur Ausgabe.

Thorn, den 20. März 1919.

Der Magistrat.

Umschreibung von Fleischkunden.

Die Kunden der Fleischverkaufsstelle Hauser, Lindenstraße Nr. 51 werden hierdurch aufgefordert, ihre Umschreibung entweder zu

Schiemann, Lindenstraße Nr. 60

oder

Basler, Lindenstraße Nr. 77

von Montag, den 24. bis Mittwoch, den 26. März in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im städtischen Verteilungsamt I, Culmerstraße Nr. 16, Zimmer Nr. 8 bewirken zu lassen, da von nächster Woche ab eine Fleischzuteilung für die Hauser'sche Verkaufsstelle vorläufig nicht mehr stattfindet.

Thorn, den 19. März 1919.

Der Magistrat.

Kartoffelland-Verpachtung

Montag, den 24. 3. nachm. 4 Uhr

werden 12 Morgen Ackerland zwischen Grützmühlenteich und Wolmarkt in kleinen Parzellen an Ort und Stelle verpachtet.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung vom 25. Februar 1919 betr.

Beleuchtung der öffentlichen Lokale

wird auf Grund des zur Zeit bestehenden Belagerungszustandes dahin abgeändert, daß nach Schluß der Polizeistunde z. Zt. 10 Uhr abends nur noch die vom Magistrat auf besonderen Antrag genehmigten Notbeleuchtungen stattfinden dürfen.

Im übrigen bleibt die Verordnung inkraft.

Thorn, den 18. März 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Stadtbücherei.

Zum Zweck der Revision sind sämtliche Bücher vom 24.—26. März zurückzuliefern. Die Ausleihe beginnt wieder am 1. April.

Der Verwaltungsrat.

Für die wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner geliebten Frau, unserer guten Tochter sagen wir hierdurch unseren tiefgefühltesten Dank

Breslau — Thorn, im März 1919.

Walter Reschke, Bankbeamter,
Leo Dreyer, Mittelschullehrer.

Für die uns anläßlich des Hinscheidens unserer teueren Entschlafenen bewiesene herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden, auch des Postamts I, insbesondere Herrn Pfarrer Lic. Freitag für die trostreichen Worte am Grabe, sprechen wir auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank aus.

Witwe Hedwig Winkler und Geschwister.

Die für den

Kreistag

am **26. März d. Js.** festgesetzte Tagesordnung wird gemäß § 18, Absatz 2, der Kreisordnung wegen Dringlichkeit wie folgt ergänzt:

pp.

8. Verteilung der Kreistagsabgeordneten sowie Bildung der Wahlbezirke zur neuen Kreistagswahl auf Grund der Verordnung, betreffend die Zusammensetzung der Kreistage und einige weitere Aenderungen der Kreisordnungen, vom 18 Februar 1919. (G. S. S. 23.)

Thorn, den 18. März 1919.

Der Landrat
Kleemann

Bekanntmachung.

In der Nacht zum 16 März sind vom Rittergut Zurzno zwei 8jährige, 1,68 m große

Pferde gestohlen

worden und zwar ein

Fuchswallach

mit Blesse und vier weißen Fesseln, am rechter Vorderfuß eine kleine Wunde und ein

dunkelbrauner Wallach

mit Stern und an linker Hinterfessel etwas weiß. Als Diebe sind drei Männer in Militäruniform beobachtet, die die Pferde vor einem Kastenwagen gespannt haben und über Brzezno in Richtung Birkenau davongefahren sind.

Ermitilungen nach den Pferden und Dieben, sowie Nachricht erbeien zu 3 J 409/19.

Thorn, den 19. März 1919.

Der Erste Staatsanwalt.

Bekanntmachung.

Der in der Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 auf dem hiesigen Gaswerk zur Herstellung gelangende

Steinkohlenteer

von ca. 60000 kg, soll im Submissionswege im ganzen oder geteilt abgegeben werden. Nähere Auskunft über die Abgabe erteilt die Verwaltung der städtischen Werke. Der zu vergebende Teer kann nur in guten Holzfässern, welche mit den dazu gehörigen Spunden vom Käufer zu liefern sind, abgefüllt werden.

Verschlossene Angebote mit der Aufschrift „Angebot auf Teer" sind bis zum 10. April 1919, vormittags 10 Uhr an den Magistrat Podgorz Wpr. einzureichen.

Podgorz Wpr., den 20. März 1919.

Der Magistrat.

Tüchtigen Hausburschen

von sofort gesucht.

Bürgergarten.

Einen Instmann

mit Scharwerker sucht von sofort

Franz Bode. Lulkau.

Suche für mehrere Tage eine

Hausschneiderin.

Angebote an **Frau Olga Steinberg, Argenau.** unter Nummer J. 372.

Suche ehrliches

Hausmädchen

auch Witwe ohne Anhang, die gleichzeitig bei Vergnügungen Gäste bedienen muß.

Schulitz, den 16. März 1919.
Ernst Krüger, Gasthofbesitzer.

Reinmachefrau

für Kajüte des Fährdampfers sofort gesucht. **W. Kuhn**, Albrechtstr. 6 II.

Zuverlässiges, kinderliebes

Mädchen oder Frau

gesucht Kloste straße 4 II.

Lehrling

1 Jahr gelernt, sucht per sofort, möglich hier, eine dauernde Stellung in einem Kolonialwaren- und Delikatessengesch. Ang. u **W 67** an Th. Ztg.

Unsere

Geschäftsräume

befinden sich vom heutigen Tage an

Baderstr. 1 I

Fernsprecher 18 u. 63.

Kuznitzky & Co.

Fast neue Militär-Extrahose, 1 Jäger-Extramütze, neu Gr. 57, 1 Inf.-Extramütze wenig getr.
Größe 57 /,
1 Briefmarkenalbum, neu,
mit einigen Briefmarken,
1 Morengo-Herrenanzug,
für kleine, schlanke Figur, wenig getragen, Anschaffungspreis 275 M., jetzt 200 M und mehreres andere zu verkaufen.

Araberstraße 13, II.
Besichtigung von 5 — 6 Uhr

Neues schwarzes Ballkleid

verpaßt, preiswert zu verkaufen. Gerberstraße 27 III. Besichtigung von 9—12 Uhr

---

Ein eleganter, moderner Salon, nußbaum 1 Buffet, nußbaum 1 Waschtoilette für 2 Personen, nußbraun 6 eichene Stühle, ein mittleres Buffet Eiche und mehrere andere Gegenstände zu verkaufen bei

Naftaniel,
Baderstraße 20
Fernsprecher 805.

Eine Villa

oder besseres Haus vom 1. Juli d. Js. zu mieten oder kaufen gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Thorner Zeitung

---

Grenzschutz Ost

für Westpreußen!

Freiwillige vor!

In die Freiwilligen Kompagnie des

1. Ers. Inft.-Regts. 176

werden noch Freiwillige — **auch ungediente militärtaugliche Mannschaften** — eingestellt.

Mobile Löhnung und Verpflegung, freie Bekleidung. — 5 Mark Tageszulage.

Bürger Thorns und Westperußens, Kameraden, tut Eure Pflicht als deutsche Männer, eilt herbei, unsere schöne Weichselstadt u. unsere Grenzen zu schützen.

Freiwilligen-Kompagnie 1. Ers. 176

Wilhelms-Kaserne, Zimmer 56, westlich.
Meldung von 10—12 Uhr.

Deutscher Volksrat.

Deutsche Männer und Frauen aller Parteien und Berufe

der

Culmer Vorstadt

umfassend die

Culmer Chaussee, Bergstraße bis Konduktstr., Blücherstr., Endstr., Grenzstr., Heppnerstr., Jaritzenstr., Kapellenstr., Kirchhofstr., Konduktstr, Prinz Heinrichstr., Sackstr., Sandstr., Sedanstr., Weißhof,

kommt

Sonntag, 23. März, nachm. 2 Uhr,

nach Culmer Chaussee 56 zur

Gründung unseres Bezirks.

Die Einberufer.

Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche

Evangelisationskapelle Culmer Vorstadt, (am Bayerndenkmal).

Sonntag, den 22. März, nachmittags 4½ Uhr:

Vortrag des Deklamatoriums:

„Die letzte Zeit".

von Ernst Madersohn, Blankenburg,

mit **Deklamationen, Gesängen** und **Ansprache**

Jedermann herzlich eingeladen. Eintritt frei!

Vorschläge für die Friedenskonferenz. — Die Lösung der polnischen Frage.

Die Weichselfrage.

Danzig und Polens Zukunft.

— 64 Seiten. Von Dr. Hermann Steinert. Preis 3.30 Mark. — Verlag von B. Görges und Dr. H. Steinert, Danzig, Fleischberg 7.

Im gleichen Verlag erschienen: Die staatsbürgerliche Erziehung im deutschen Heere bisher und in Zukunft von Arthur Jarz. 40 Seiten. Preis: Mk. 2.25.

Zusammenkunft

der Lyzealschülerinnen der vorjährigen 1a und 1b am

Dienstag, den 25. März
nachm. ½ 4 Uhr
im Waldhäuschen.

Gaskronen, Bettschirm, Nickeltisch, Gardinenstangen

billig zu verkaufen.
Seglerstraße 28 im Laden.

Einen gutenhaltenen, 40—50 Ztr. tragenden

Roll-Wagen

zu kaufen gesucht.
Offerten unter L M 381 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Empfehle meinen

Damen-Salon

Ondulieren :: Frisieren ::
Manicüre in u. außer dem Hause.
Kopfwäsche zu jeder Tageszeit.
J. Koppe Nachf. Fritz Sieg,
Heiligegeiststraße 12.

Gut erhaltene

Tennis-Netze und -Bälle

zu kaufen gesucht. Angebote unter S. V. T. 378 an die Geschäftsstelle der Thorner Zeitung.

Café Monopol

Sonnabend, den 22. März **Sonnabend, den 22. März**

Extra-Konzert populärer Komponisten

ausgeführt von der beliebten Welzer'schen Künstlerkapelle.

1.	Flieger-Marsch	Dostal
2.	„O Frühling, wie bist du so schön", Walzer	Lincke
3.	„Marinarella", Ouvertüre	Fucick
4.	„Die Fahrt ins Glück", Potpourri	Gilbert
5.	„Dein auf ewig" aus der Operette „Die tolle Komtess"	W. Kollo
6.	„Dorfkinder", Walzer	Kálmán
7.	Der Lenz", Lied	Hildach
8.	Berliner Wachtparade	W. Kollo
9	Alte Kameraden, Marsch	Teicke
10	„Die Rose von Stambul", Walzer	Leo Fall
11	„Das Dreimäderlhaus", Potpourri	Schubert-Berté
12	„Die Peruanerin"	Nelson
13.	Fascination	Marchetti
14	„Was jeder singt", Potpourri	Gilbert
15.	„Märchen"	Komczack
16.	Folies-Bergère-Marsch	Lincke

Anfang 6½ Uhr **Anfang 6½ Uhr**

Schützenhaus

Sonnabend, den 22. und Sonntag, den 23. März:

Tee-Kränzchen

Echt russ. Tee mit Gebäck

Anfang 4 Uhr **Anfang 4 Uhr**

Viktoria-Park.

Sonnabend und Sonntag:

Grosser Ball.

Sonnabend Anfang 5 Uhr. Sonntag Anfang 3 Uhr.

Bürgergarten.

Sonnabend und Sonntag:

Tanz-Kränzchen.

Anfang Sonnabend 5½ Uhr Sonntag ½ Uhr.

Tivoli

Sonnabend, den 22. März 1919:

Familienkränzchen

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Restaurant Schlüsselmühle.

Sonntag, 23. März:

Familien-Kränzchen.

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Kl. Bösendorf.

Zu dem am Sonnabend, den 22. März stattfindenden

Tanz-Kränzchen

ladet freundlichst ein A. Gietz, Gastwirt.

Zur Anfertigung eleganter Damen-Kostüme u. Herren-Garderobe

empfiehlt sich
David Benjamin, Schillerstraße 14 I

Damen und Herren, die der

Tennisabteilung

beitreten wollen, werden um Mitteilung an den Vorsitzenden **W. Grams** Parkstraße 16 gebeten.

Sportverein „Vistula" Thorn.

Ein noch neuer Fußball, 7-teilig genäht, „Marka A 11" u. zwei Hanteln a 15 Pfd. schwer, zu verk. Ang. unt. 377 a. d. Geschst. d. Ztg.

Einen alten zweisp. billigen

Kasten-Wagen

zu kaufen gesucht.
Offerten unter U R. 380 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Einbruch Diebstahl unmöglich

wo sich der Selbstschutz-Apparat befindet.

Zu haben bei
Heim, Thorn-Mocker,
Bergstraße 49.

Stadt-Theater

Sonnabend, 22 März, 6½ Uhr:
Ermäß Preise! Zum letzten Male!

„Goldfische."

Sonntag, 23. März, nachm. 3 Uhr:
Ermäß. Preise! Zum letzten Male!

„Das Dreimäderlhaus".

Abends 6½ Uhr! Zum 3. Male!

Das Schwarzwaldmädel.

Gutes Zinshaus

in Bromberger Vorstadt zu kaufen gesucht. Anzahlung 15 20000 Mk. Angebote unter Nr. 375 an die Geschäftsstelle der Thorner Zeitung.

---

100 Mk. Belohnung

für Angebot einer größeren 2 bezw. einer 3 Zimmerwohnung, welche von gleich oder später zu beziehen ist. Angebote unter Nr. 376 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

5 Zimmer-Wohnung

zum 1. 4. zu vermieten.

Mellienstraße 112, 1.